

Warum die Politik Armut will

Franz Segbers plädiert für einen Neustart jenseits des Finanzkapitalismus

Pat Christ

Pracht und Armut wohnen in Deutschland nah beieinander. – Foto: Pat Christ

„Logik der Ökonomie – Krise der Arbeit“ heißt ein Taschenbuch aus dem Jahr 2001, das Franz Segbers zusammen mit Uwe Becker und Michael Wiedemeyer veröffentlicht hatte. Fünf Jahre später erschien gemeinsam mit Jürgen Klute „Gute Arbeit verlangt ihren gerechten Lohn.“ Aktuell lässt der Theologe wieder mit einem brisanten Thema aufhorchen: „Reichtum ist gewollt – Armut auch!“ Vor allem mit Studierenden diskutiert Segbers darüber, welche Ursachen die neue Armut im reichen Land Deutschland hat.

Wachstumsideologie und ungezügelter Fortschritts Glaube haben offensichtlich nicht erfüllt, was sie seit jeher versprechen: Dass es allen Menschen besser gehen wird, wenn wir nur mehr und immer mehr produzieren. Im Gegenteil, so Segbers: „In Deutschland war die Armut praktisch bekämpft. Sie war lediglich ein Phänomen von Randgruppen.“ Vor allem Al-

tersarmut war lange Zeit kein brisantes Problem. Jetzt ist diese Problematik zurückgekehrt. Was kein Zufall ist.

Deutschlands Politiker verzögerten und verlangsamten den sozialpolitischen Fortschritt, der sich seit dem 2. Weltkrieg entwickelt hatte, nicht nur, sondern drängten ihn geradezu zurück. Obwohl die Wirtschaft in den vergangenen Jahren stetig wuchs, kam es plötzlich wieder dazu, dass heute viele Menschen nach dem Renteneintritt nicht mehr genug Geld zur Verfügung haben, um ihren Lebensstandard zu halten. Sie müssen in schlechte Wohnungen ziehen und sich von dem ernähren, was die Tafelläden bieten.

Lebensqualität auf Rand genährt

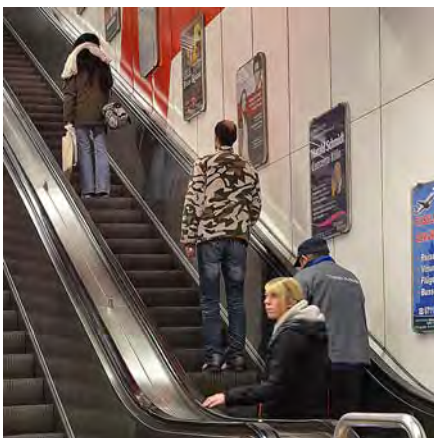


„Unter zyklischen Schwankungen wächst der allgemeine Wohlstand, aber gleichzeitig steigt die Zahl der Armen – falls man Statistiken glaubt“, konstatierte „Die Welt“ bereits vor 15 Jahren. „Für eine wachsende Bevölkerungsschicht scheint die Lebensqualität auf Rand genährt. Gleichzeitig schwellen die Vermögen breiter Massen in die Nähe zweistelliger Billionensummen. Kampfbegriffe wie jene von der Armuts- oder der Zwei-Drittel-Gesellschaft machen die Runde.“ Der Beitrag von 1997 gipfelte in der Frage: „Kann ein Land reich sein und seine Bewohner zugleich arm?“ Längst wissen wir: Ja. Es kann. Und es kommt alles andere als selten vor. Und wird bewusst herbeigeführt.

Franz Segbers will zur Aufklärung gerade junger Menschen beitragen. So weist der Sozialethiker auf die – Stu-

dierenden heute kaum noch bekannte – Rentenreform aus dem Jahre 1957 hin. „Die Rente wurde so berechnet, dass sie in einen Bezug zur allgemeinen Lohnentwicklung gebracht wurde, Geringverdiener weithin vom Risiko der Altersarmut befreit, ein Babyjahr gutgeschrieben und die Studienzeit angerechnet wurde“, erklärt er. Selbst Menschen mit geringem Einkommen waren also so abgesichert, dass sie im Alter nicht arm sein mussten. Doch dann wurde die umlagefinanzierte Rente abgesenkt. Und der Niedriglohnsektor breitete sich immer weiter aus.

Motor dieser Entwicklung waren neoliberal gesinnte Politiker, die, statt Armut zu bekämpfen, mit ihren Entscheidungen dafür sorgten, dass Armut wieder neu entstand. Hinzu kam eine Neudefinition des Gerechtigkeitsbegriffes. Statt über materielle Gerechtigkeit wird allenthalben über „Chancengleichheit“ räsoniert.



Nach dem 2. Weltkrieg ging es eine geraume Zeit sukzessive sozial aufwärts. Diese Entwicklung hat sich aufgrund politischer Entscheidungen inzwischen umgekehrt. – Foto: Pat Christ



Franz Segbers – Foto: Pat Christ

Ungleichheit als Ansporn?



Politiker rufen dazu auf, Kindern aus benachteiligten Familien eine „Chance“ auf Bildung und Teilhabe zu geben. Womit sie ihre Schuldigkeit getan zu haben vermeinen. *„Über Verteilungsgerechtigkeit wird nicht gesprochen“*, moniert der Hartz IV-Gegner.

Auch nicht nach der Pisa-Studie, die eindeutig zum Ergebnis hatte, dass der Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft in keinem anderen OECD-Land so eng ist wie in Deutschland. Als hätten Armut und Ungerechtigkeit nicht zuvorderst mit dem Umstand zu tun, dass Menschen schlicht zu wenig oder gar kein Geld – oder einen Berg von Schulden haben.

Politiker, die Sozialhilfeempfängern unterstellen, generell vom Stamme Nimm zu sein, entledigen sich auf dieser Weise „elegant“ ihrer Verantwortung für die Lebenssituation gesellschaftlich an den Rand getriebener Menschen. Und machen es sich leicht, deren Daseinsbedingungen weiter zu verschlechtern. Der frühere Arbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement besaß Segbers zufolge im Jahr 2000 sogar die Dreistigkeit, zu äußern, Ungleichheit in Einkommen und Vermögen sei ein *„Katalysator für individuelle und auch gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten“*. Sporne sie doch zu mehr Arbeits- und Wirtschaftsleistung an.

Entwürdigendes Instrumentarium



Diese Idee steckt auch hinter dem Instrumentarium von Hartz IV, mit dem Menschen reichlich wenig gefördert, jedoch mit teilweise unzumutbaren Forderungen konfrontiert werden. Hartz IV ist kein Weg aus der Armut sondern führt vielmehr oft hinein in prekäre Beschäftigung. Das System Hartz IV wird von jenen, die in diese Falle geraten sind, häufig als entwürdigend und nicht selten als absurd erlebt. Absurd unter anderem deshalb, weil sie in Jobs hineingezwungen werden, von deren Entlohnung sie nicht leben können. Als Aufstocker bleiben sie darum dauerhaft in diesem System kleben.

Regierende Politiker bekunden leider wenig Bereitwilligkeit, hieran etwas zu ändern. Obwohl sie sehen, dass Wachstum keines der Probleme, die es zu lösen versprochen hat, löste, wird mit wenigen Ausnahmen weiter stur auf Wachstum gesetzt.

Weil die Politik mit den Finanzmächtigen kokettiert, werden Armut und Arbeitslosigkeit, statt bekämpft, lediglich verschleiert. An dem ungeschriebenen Gesetz, dass Menschen, die in den Betrieben tätig sind, mit ihren Lohnzuwächsen auf alle Fälle deutlich unter der Produktivitätsrate bleiben müssen, wird nicht gerüttelt. Segbers fordert demgegenüber eine

„Politik der Wachstumsrücknahme“. Die Gewinne aus Produktivität jenen zukommen lässt, die diese Gewinne auch erwirtschaftet haben.

Eine dreifache Krise



Eine Politik, die sich ihr Handeln von einer neoklassischen Nationalökonomie diktieren lässt, führte laut Segbers dazu, dass die Gesellschaft vor einer dreifachen Krise steht: *„Zu der Finanzkrise kommt eine soziale sowie eine demokratische Krise.“* Und alle drei – es ließen sich wahrscheinlich sogar mehr, etwa eine *„Krise des Humanen“* finden – hängen zusammen und bedingen sich gegenseitig.

Dass sich die Geldvermögen leistungslos vermehren, bricht nicht nur jenen das Genick, die sich als Individuen auf der Verlierer- respektive der Schuldnerseite befinden. Unter dem Zins- und Zinseszinsmechanismus leiden auch Organisationen und Staaten. Sie verlieren an Geld, damit an Macht und damit auch an demokratischer Kraft. Banken mit ihrer gigantischen Power zwingen demokratisch gewählte Regierungen heute zu einer Politik der Anpassung an die Interessen der Finanzmärkte.

Leider nun wehren sich jene nicht, die in die Schuldenfalle geraten oder unter die sozialen Räder gekommen sind. Die, auf deren Kosten die Geldvermögen explodieren, protestieren kaum gegen ihre unverhohlene Ausbeutung zugunsten immer besserer Wirtschaftsergebnisse. Es wird nicht problematisiert, warum denn ein Betrieb „schlecht“ dasteht, wenn er lediglich zehn Prozent Rendite erwirtschaftet. Oder warum Menschen entlassen werden „müssen“, obwohl von roten Zahlen absolut nicht die Rede sein kann. Auch wird nicht angeprangert, wie habnübchen es ist, dass die Renditevorgaben der Finanzwelt über das Wohl und Wehe von Betrieben bestimmen.

Schleier über der Geldmacht



Durch statistische Taschenspielertricks versucht die Politik, das Problem kleinzuhalten, das Elend zu beschönigen und Scheinerfolge zu feiern. Bestes Beispiel: Der von der Bundesregierung 2012 veröffentlichte vierte Armuts- und Reichtumsbericht.



In einer turbulenten Welt ist es nicht einfach, Zusammenhänge wie jener von politischen Entscheidungen und dem Aufkommen neuer Armutsformen zu verstehen. – Foto: Pat Christ

Segbers: „In einer ersten Fassung fand sich noch die Aussage: ‚Die Privatvermögen sind sehr ungleich verteilt.‘ Wirtschaftsminister Rösler hat dann dafür gesorgt, dass dieser Satz gestrichen wurde. Offensichtlich will der FDP-Mann Ungleichheit nicht thematisieren. Doch besonders liegt ihm daran, den Schleier, der über den Geldmachtstrukturen liegt, nicht zu lüften.“

Vor diesem Hintergrund ist die Freiheitlichkeit des Wirtschaftssystems Kokolores. Das zwanghaft ausbeuterische Wirtschaften dieser Tage grenzt für den Forscher Franz Segbers eher an eine Art „heimlicher Planwirtschaft“. Der Plan ist so einfach wie perfide: Die, die viel haben, sollen noch mehr erhalten. Eine Grenze nach oben wird nicht gesetzt. Und rechts und links von diesem Plan ist wenig Platz. Was an der Politik sichtbar wird: „Sie passt sich an.“ Nahezu bedingungslos. Das ist freilich nicht verwunderlich, stellte doch schon der Kabarettist Dieter Hildebrandt fest: „Politik ist nur der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.“

Statt einer wachstumsorientierten Politik für Reiche fordert Segbers eine neue Wertschätzung des Sozialstaats. Der Ethiker würde sich wünschen, dass all jene, die unter der herrschenden Politik und den herrschenden Gesetzen des Geld- und Finanzsystems leiden, geschlossen aufstehen, um die „Macht der Finanzoligarchie“ zu brechen. Dass eine Partei, die einer „marktkonformen

Demokratie“ das Wort redet, heute noch immer Mehrheiten auf sich vereinen kann, wie jüngst geschehen, ist für ihn schleierhaft.

Neustart jenseits des Finanzkapitalismus



Entgeht den Menschen die Kollaboration der Politik mit der Wirtschaftsmacht? Ist die soziale Brisanz in der Gesellschaft noch nicht angekommen? Oder sind jene, die zu den Verlierern des Systems gezählt werden müssen, ohne jeden Glaube an einen demokratisch herbeizuführenden Machtwechsel? Und: Wie sollte die Gesellschaft danach aussehen?

Eine fertige Lösung kann auch der Marburger Ethiker nicht aus dem Zylinder zaubern. Er kann nur appellieren, sich für einen „Neustart jenseits des Finanzkapitalismus“ einzusetzen: „Denn die soziale Schieflage lässt sich nicht durch eine bloße Reparatur von Krisenschäden bekämpfen.“

Plackerei für lächerlichen Lohn und Armut im Alter darf ein humanes Land nicht zulassen. Der Ausbau des „rechtsbasierten Sozialstaates“ ist für Segbers darum der entscheidende Schlüssel für den von ihm propagierten Neustart: „Ein solcher Sozialstaat ist widerständig. Er setzt die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegen die Interessen des Finanzkapitals durch.“ Für ihn gilt die aktuelle Krise erst mit der Überwindung

von prekärer Beschäftigung und Armut als tatsächlich überwunden.

Wie wichtig Aufklärungsarbeit ist, zeigt das lebhaftes Interesse an Segbers Vorträgen. Unlängst war der Befürworter eines Grundeinkommens in der Evangelischen Studierendengemeinde in Würzburg zu Gast. Ein kleiner Saal war für die Informationsveranstaltung reserviert gewesen. Noch eine Viertelstunde vor dem Vortrag bangte man, ob sich der Raum denn füllen ließe – noch dazu angesichts der damals eisigen Wintertemperaturen. Doch dann kamen sie. Und es kamen so viele, dass man kurzerhand in die Kellerbar umziehen musste. Wo viele Studierende zum ersten Mal hörten, in welchem Maße Armut in einem reichen Land politisch gewollt ist.



Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.

Wenn David gegen Goliath kämpft,

gilt die Sympathie der Mehrheit meist dem Kleineren. Island mit seinem aufopferungsvollen und letztlich erfolgreichen Kampf gegen die weltweite Finanzmacht findet durch seinen völlig anderen Umgang mit den Auswirkungen der Finanzkrise zunehmend Aufmerksamkeit in den Medien. Und das obwohl die Vorgehensweise der Isländer überhaupt nicht in das Bild der selbsternannten Euroretter aus Brüssel, Paris und Berlin passt und auch, da sich die großen Medien nicht gerade als besonders kritisch der aktuellen Politik gegenüber profilieren.

Ein weiteres Beispiel ungleicher Machtkämpfe, fand Ende letzten Jahres den Weg in die Medien. Finanzspekulant um den New Yorker Hedgefond-Milliardär Paul Singer hatten vor mehr als 10 Jahren argentinische Staatspapiere – quasi aus der Insolvenzmasse – zu einem symbolischen Minipreis gekauft und sich an-

schließend geweigert bei den Umschuldungsversuchen 2005 und 2010 auf Forderungsverzichte einzulassen, wozu über 90% der anderen Gläubiger bereit waren. Stattdessen bestand der Hedgefond auf die Nominalforderung, die weit über dem selbst bezahlten Preis lag. Ende letzten Jahres errangen die „Aasgeier“, wie die argentinische Präsidentin, Cristina Fernández de Kirchner, die Hedgefonds titulierte, einen ersten Erfolg vor einem New Yorker Gericht. Richter Thomas Griesa verurteilte Argentinien zur Zahlung der vollen Summe von 1,3 Milliarden US-Dollar, zuzüglich der Ausfallzinsen. Ein amerikanisches Berufungsgericht hat kurze Zeit später das Urteil von Richter Griesa ausgesetzt. Schon bald geht die Sache in die nächste Runde.

Unsere argentinische Autorin Alicia Rivero berichtet in dem folgenden Beitrag über die Zusammenhänge und die Entwicklung in ihrem Heimatland Argentinien.